

Amtsblatt der Europäischen Union

C 281



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

60. Jahrgang

25. August 2017

Inhalt

II Mitteilungen

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2017/C 281/01	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache M.8401 — J&J/Actelion) ⁽¹⁾	1
---------------	--	---

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2017/C 281/02	Euro-Wechselkurs	2
2017/C 281/03	Beschluss der Kommission vom 22. August 2017 zum Ersatz zweier Mitglieder der Gruppe der Interessenträger der REFIT-Plattform	3

Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen

2017/C 281/04	Entscheidung der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen vom 12. Juli 2017 zur Eintragung des Wilfried-Martens-Zentrums für europäische Studien	5
---------------	---	---

DE

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.

V Bekanntmachungen

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

Europäische Kommission

2017/C 281/05

Mitteilung an Shane Dominic Crawford, dessen Name mit der Verordnung (EU) 2017/1500 der Kommission in die Liste nach den Artikeln 2, 3 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen, aufgenommen wurde

15

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache M.8401 — J&J/Actelion)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2017/C 281/01)

Am 9. Juni 2017 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden;
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32017M8401 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**24. August 2017**

(2017/C 281/02)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,1806	CAD	Kanadischer Dollar		1,4784
JPY	Japanischer Yen		129,06	HKD	Hongkong-Dollar		9,2386
DKK	Dänische Krone		7,4379	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,6354
GBP	Pfund Sterling		0,92000	SGD	Singapur-Dollar		1,6070
SEK	Schwedische Krone		9,5118	KRW	Südkoreanischer Won	1 331,39	
CHF	Schweizer Franken		1,1375	ZAR	Südafrikanischer Rand		15,5936
ISK	Isländische Krone			CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8646
NOK	Norwegische Krone		9,2585	HRK	Kroatische Kuna		7,4140
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	IDR	Indonesische Rupiah	15 749,20	
CZK	Tschechische Krone		26,098	MYR	Malaysischer Ringgit		5,0524
HUF	Ungarischer Forint		304,17	PHP	Philippinischer Peso		60,305
PLN	Polnischer Zloty		4,2754	RUB	Russischer Rubel		69,8033
RON	Rumänischer Leu		4,5830	THB	Thailändischer Baht		39,361
TRY	Türkische Lira		4,1081	BRL	Brasilianischer Real		3,7113
AUD	Australischer Dollar		1,4951	MXN	Mexikanischer Peso		20,8501
				INR	Indische Rupie		75,5965

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

BESCHLUSS DER KOMMISSION**vom 22. August 2017****zum Ersatz zweier Mitglieder der Gruppe der Interessenträger der REFIT-Plattform**

(2017/C 281/03)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf den Beschluss C(2015) 3261 vom 19. Mai 2015 über die Einrichtung der REFIT-Plattform, insbesondere auf Artikel 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Im Beschluss C(2015) 3261 final über die Einrichtung der REFIT-Plattform (im Folgenden die „Plattform“) ist in Artikel 4 vorgesehen, dass die Plattform sich aus einer „Gruppe der Regierungsvertreter“ und einer „Gruppe der Interessenträger“ zusammensetzt und dass die Gruppe der Interessenträger aus bis zu 20 Sachverständigen besteht, wobei zwei Sachverständige den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vertreten und die übrigen Sachverständigen Vertreter aus der Wirtschaft, darunter aus KMU, von Sozialpartnern und von Organisationen der Zivilgesellschaft sind, die direkte Erfahrung mit der Anwendung des Unionsrechts haben. Die Sachverständigen in der Gruppe der Interessenträger werden ad personam oder zur Vertretung eines gemeinsamen Interesses mehrerer Interessenträger ernannt.
- (2) In Artikel 4 Absatz 4 des Beschlusses ist vorgesehen, dass die Kommission auf Vorschlag des Ersten Vizepräsidenten die Mitglieder der Gruppe der Interessenträger ernennt, die aus dem Kreise der Teilnehmer an der Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen mit direkter Erfahrung in der Anwendung des Unionsrechts ausgewählt wurden. Bei den Ernennungen werden soweit möglich eine ausgewogene Vertretung der verschiedenen Sektoren, Interessen und Regionen der Union sowie ein ausgeglichenes Verhältnis von Männern und Frauen sichergestellt. In Artikel 4 Absatz 5 des Beschlusses ist vorgesehen, dass die Mitglieder bis 31. Oktober 2019 ernannt werden. Gemäß Artikel 4 Absatz 6 des Beschlusses werden Mitglieder, die zurücktreten, für die Dauer ihrer verbleibenden Amtszeit ersetzt.
- (3) Im Beschluss der Kommission C(2015) 9063 vom 16. Dezember 2015 zur Ernennung der Mitglieder der Gruppe der Interessenträger der REFIT-Plattform ist vorgesehen, dass der Erste Vizepräsident für jedes Mitglied der Gruppe der Interessenträger, das während des Bestehens der Plattform als Mitglied ausscheidet, aus der ursprünglichen Liste der Kandidaten, die sich aufgrund der Aufforderung zur Interessenbekundung für die Mitgliedschaft in der Gruppe der Interessenträger beworben hatten, einen Ersatz benennen kann.
- (4) Nach dem Rücktritt von Herrn Jean Naslin und Frau Magda Stoczkiewicz als Mitglieder der Gruppe der Interessenträger zum 5. April 2017 und 8. Juni 2017 hat der Erste Vizepräsident der Kommission Herrn Jan Oravec und Frau Cécile Toubeau als Nachfolger von Herrn Jean Naslin und Frau Magda Stoczkiewicz für deren verbleibende Amtszeit ernannt —

BESCHLIESST:

Einziges Artikel

Herr Jan Oravec und Frau Cécile Toubeau werden bis zum 31. Oktober 2019 als Mitglieder der Gruppe der Interessenträger der REFIT-Plattform ernannt.

Im Anhang des Beschlusses C(2015) 9063 werden die Verweise auf Herrn Jean Naslin und Frau Magda Stoczkiewicz durch die Verweise auf Herrn Oravec und Frau Toubeau gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses ersetzt.

Brüssel, den 22. August 2017

Für die Kommission

Christos STYLIANIDES

Mitglied der Kommission

ANHANG

Name	Staatsangehörigkeit	Vertritt ein gemeinsames Interesse von Interessengruppen in einem bestimmten Politikbereich	Name des derzeitigen Arbeitgebers
Frau Cécile Toubeau	belgisch und britisch	Ja	Europäischer Verband für Verkehr und Umwelt (T&E)
Herr Jan Oravec	slowakisch	Ja	Slowakischer Unternehmerverband

BEHÖRDE FÜR EUROPÄISCHE POLITISCHE PARTEIEN UND EUROPÄISCHE POLITISCHE STIFTUNGEN

Entscheidung der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen

vom 12. Juli 2017

zur Eintragung des Wilfried-Martens-Zentrums für europäische Studien

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(2017/C 281/04)

DIE BEHÖRDE FÜR EUROPÄISCHE POLITISCHE PARTEIEN UND EUROPÄISCHE POLITISCHE STIFTUNGEN

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 9,

Unter Hinweis auf den vom Wilfried-Martens-Zentrum für europäische Studien eingegangenen Antrag,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Bei der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen („Behörde“) ging am 12. Juni 2017 ein Antrag auf Eintragung als europäische politische Stiftung gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 vom Wilfried-Martens-Zentrum für europäische Studien (der „Antragsteller“) und am 27. Juni 2017 eine überarbeitete Fassung eines Teils dieses Antrags ein.
- (2) Der Antragsteller reichte Dokumente, die belegen, dass er die Bedingungen gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 erfüllt, die Erklärung auf dem im Anhang dieser Verordnung enthaltenen Formular und die Statuten des Antragstellers, die die in Artikel 5 dieser Verordnung vorgeschriebenen Bestimmungen enthalten, ein.
- (3) Der Antrag wird ferner durch eine Erklärung der Notarin Kim Lagae gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 unterstützt, in der bescheinigt wird, dass der Antragsteller seinen Sitz in Belgien hat und dass die Satzung des Antragstellers mit den einschlägigen Vorschriften des nationalen Rechts im Einklang steht.
- (4) Der Antragsteller hat gemäß den Artikeln 1 und 2 der delegierten Verordnung (EU, Euratom) 2015/2401 der Kommission ⁽²⁾ zusätzliche Dokumente eingereicht.
- (5) Gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 hat die Behörde den Antrag und die Belege geprüft und ist zu der Auffassung gelangt, dass der Antragsteller die Voraussetzungen für die Eintragung gemäß Artikel 3 dieser Verordnung erfüllt und dass die Satzung die in Artikel 5 dieser Verordnung vorgeschriebenen Bestimmungen enthält —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Wilfried-Martens-Zentrum für europäische Studien wird hiermit als europäische politische Stiftung eingetragen.

Es erwirbt europäische Rechtspersönlichkeit am Tag der Veröffentlichung dieser Entscheidung im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

Artikel 2

Diese Entscheidung wird am Tag ihrer Bekanntgabe wirksam.

⁽¹⁾ Abl. L 317 vom 4.11.2014, S. 1.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU, Euratom) 2015/2401 der Kommission vom 2. Oktober 2015 über den Inhalt und die Funktionsweise des Registers europäischer politischer Parteien und Stiftungen (Abl. L 333 vom 19.12.2015, S. 50).

Artikel 3

Diese Entscheidung richtet sich an das:

Wilfried-Martens-Zentrum für europäische Studien
Rue du Commerce 20/Handelsstraat 20
1000 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Geschehen zu Brüssel am 12. Juli 2017.

*Für die Behörde für europäische politische Parteien und
europäische politische Stiftungen*

Der Direktor

M. ADAM

ANHANG

**By-laws of the European political foundation
'Wilfried Martens Centre for European Studies'**

Adopted by General Assembly 25 April 2017

On 13 September 2007, the following individuals, representing the interests of the European People's Party (EPP), an international non-profit association, with registered office at Rue du Commerce 10, 1000 Brussels, and registered with the Crossroads Bank for Enterprises under number 0881.780.973 and its member-parties:

- Wilfried Martens, lawyer, domiciled in 1050 Ixelles (Brussels), place Marie-José 14/10, Born in Sleidinge on 19.04.1936;
- Antonio López-Istúriz White, lawyer, domiciled in Ronda de la Sacedilla 13.1 BAJO B, 28221 Madrid, Spain, Born in Pamplona on 1.04.1970;

and the following organizations which are national political foundations/think-tanks linked to EPP member-parties:

- Constantinos Karamanlis Institute for Democracy, scientific non-profit company, 10, Vas.Sofias Ave., 10674 Athens, represented by Skilas, Pantelis, Head of the international cooperation department;
- Fundación para el análisis y los estudios sociales, foundation, calle Juan Bravo nro 3-C, 7th floor, Madrid, represented by Magaz van Nes, Juan Alejandro, Lawyer;
- Hanns-Seidel-Stiftung e.v., registered association, Lazarettstrasse 33, D-80636 München represented by Luther, Susanne, Head of the Office for Foreign Relations;
- Jarl Hjalmarson Stiftelsen, foundation, Stora Nyagatan 30, Old Town, Stockholm, Box 2080, SE-103 12 Stockholm, Sweden, represented by Gustavsson, EVA, Managing Director;
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., registered association, Rathausallee 12, D-53757 Sankt Augustin, Germany represented by Weilemann, Peter, Director;
- Politische Akademie der ÖVP, registered association, Tivoligasse 73, 1120 Vienna, represented by Kroiher, Erik, Head of the International Office of Political Academy and International Secretary of ÖVP;
- Stichting Wetenschappelijk Instituut voor het CDA, foundation, Buitenvorm 18, 2512 XA Den Haag/The Hague, The Netherlands, represented by Van Asselt Evert-Jan, Deputy Director;
- Szövetség A Polgári Magyarorszáért Alapítvány, foundation, 1062 Budapest, Lendvay utca 28, Hungary, represented by Balog, Zoltán, Chairman of the executive board.

have agreed to incorporate a Belgian non-profit organization ('Association sans but lucratif/Vereniging zonder winstoogmerk') pursuant to the Belgian law of 27 June 1921 on non-profit associations, foundations and European political parties and foundations. In 2017, this non-profit association was converted into a European political foundation, of which the By-laws are as follows:

TITLE I – NAME, REGISTERED OFFICE, PURPOSE, DURATION**Article 1. Name and logo**

The name of the non-profit association is: 'Wilfried Martens Centre for European Studies', abbreviated as 'WMCES', referred to here below as the 'Centre'.

The logo of the association is defined in Annex 1 to the statutes.

Article 2. Registered office

2.1. The registered office of the Centre is located at 1000 Brussels, Rue du Commerce, 10, in the judicial district ('arrondissement judiciaire/gerechtigd arrondissement') of Brussels.

2.2. The registered office can be transferred to any other place in Belgium by a decision of the General Assembly complying with the linguistic legislation in Belgium.

2.3. By decision of the General Assembly, the Centre has the right to re-register its office in any other Member State of the European Union.

Article 3. Object and Purpose

3.1. The Centre shall constitute the official think-tank of the European People's Party (EPP) and shall, in particular, serve as a common European framework for national foundations/think-tanks recognized by EPP member-parties.

In this respect, the main activities of the Centre, as a European political foundation, shall amongst others be to:

- monitor, analyse and contribute to the debate of the policy priorities of the European Union;
- organize and support seminars, training, conferences and publications on important European themes;
- collaborate with high-profile academics, journalists, experts and opinion-makers, as well as with independent centres and institutes;
- use all possible means to disseminate the results of its activities.

3.2. The Centre will realize these objectives in close cooperation with its members. It can undertake any action directly or indirectly related to the above-mentioned purposes or to facilitate the development or achievement thereof.

3.3. The Centre is affiliated to the EPP and will operate as its sole European political foundation in accordance with Regulation (EC) No 1141/2014 of the European Parliament and of the Council of 22 October 2014 on the statute and funding of European political parties and European political foundations.

3.4. For matters not covered by the aforementioned European Regulation, the Centre shall be governed by the provisions of Title III^{quater} of the Law of 27 June 1921 on non-profit associations, foundations and European political parties and foundations.

3.5. The Centre does not pursue profit goals.

Article 4. Duration

The Centre has an unlimited duration and can only be dissolved by judicial decision or a decision of the General Assembly pursuant to Article 28.

TITLE II – MEMBERSHIP

Article 5. Minimum Number of Members

5.1. The Centre has at least three ordinary members. The number of ordinary members is limited to hundred (100). Additionally, the Centre can accept supporting members as non-voting members. All members have to be committed to support the objectives and aims of the Centre.

5.2. An ordinary members' registry is kept updated at the registered office of the Centre and a copy thereof is filed with the Clerk's office of the Commercial Court. The ordinary members are entitled to consult the member's registry at the registered office of the Centre.

Article 6. Admission of Members

6.1. Ordinary members of the Centre are **individuals** and **political foundations/think-tanks**. Every ordinary member has the right to vote. The maximum number of ordinary members representing political foundations/think tanks is fifty (50). The maximum number of ordinary members representing individuals is fifty (50).

6.2. **Individuals** are accepted as ordinary members by a simple majority vote in the General Assembly, after recommendation of the EPP Presidency to the Executive Board. The EPP Presidency must submit to the Executive Board a written proposal, at least 14 days prior to a General Assembly meeting. Individuals have a mandate of three years. The EPP Presidency will be requested to review WMCES Individual Memberships every 3 years and present its recommendations for Individual Members, to be accepted by the General Assembly.

6.3. In order for a **political foundation/think-tank** to be an ordinary member of the Centre, it must be recognized by its respective EPP member-party (Ordinary Member Party, Associated Member Party or Observer Member Party) and be engaged in promoting political information and debate and facilitating EU integration, for instance, by:

- observing, analysing and contributing to the debate on public policy issues at national or at European level;

- supporting seminars, training, conferences, publications or studies on such issues;
- serving as framework for national experts, politicians and academics to work together at national or at European level.

A political foundation/think-tank must have staff, demonstrate regular activity and issue regular financial reports.

6.4. In order to consider a new political foundation/think-tank for membership, an application must be submitted to the Executive Board. The application must be accompanied by a letter of recognition from an EPP member-party, signed by the President or Secretary-General of the respective EPP member-party confirming that: (1) the applicant is considered as the official political foundation/think-tank of the respective EPP member-party, and (2) the political foundation/think-tank fulfils the criteria of Article 6.3. Only one endorsement of a foundation/think-tank per EPP member-party shall be accepted.

6.5. The General Assembly, after considering the recommendations of the Executive Board on membership applications of political foundations/think-tanks, approves their admission as ordinary members by a simple majority of the votes cast.

6.6. The Executive Board can recommend to the General Assembly the acceptance of **supporting members**. Supporting members can be individuals representing academic institutions or other relevant organizations. Supporting members do not have the right to vote. The supporting members have the right to participate in the meetings of the General Assembly as observers.

6.7. Apart from the rights and obligations that are specified in these By-laws and in the relevant provisions of the Belgian law, members do not have any additional obligations towards the Centre.

Article 7. Resignation and Exclusion of Members

7.1. The membership in the Centre is terminated:

- With a statement of resignation sent to the Centre by registered letter, which shall enter into force 14 days after its reception;
- With the death of an individual member;
- With exclusion;
- With the dissolution of the member-foundation/think-tank of the Centre;
- With the dissolution of the Centre.

7.2. The exclusion of members from the Centre can be proposed to the General Assembly by the Executive Board if there is sufficient evidence that the member in question has violated the by-laws of the Centre or if a member does not participate in 2 consecutive meetings of the General Assembly or, in the case of an individual member, if the EPP Presidency withdraw its support. The Executive Board notifies to the member its proposal to the General Assembly to exclude it. The member will automatically be suspended between the date of such notification and the date of the General Assembly. The exclusion of a member requires a vote with a special majority of 2/3 of the votes cast by the General Assembly.

Article 8. Partner Members

Upon recommendation of the Executive Board, the General Assembly can accept applications of a political foundation/think-tank or similar organisation to become a Partner Member. Political foundations/think-tanks or organisations can only be accepted as a Partner Member provided they are engaged in the activities as mentioned in article 6.3. A Partner Member has the right to submit a cooperation common project proposals to the Executive Board provided this project relates to activities as described in article 6.3. The Executive Board decides at its own discretion whether or not to accept the common project proposals. Partner Members do not have any other rights than the rights mentioned in this article 8. The membership of a Partner Member can be terminated by the General Assembly, upon recommendation of the Executive Board, in particular when the cooperation between the Centre and a Partner Member has concluded.

TITLE III – ORGANS

SUBTITLE I — GENERAL PROVISIONS

Article 9. Statutory and Non-Statutory Organs

- 9.1. The Statutory organs of the Centre are the 'General Assembly', and the 'Executive Board'.
- 9.2. The Non-Statutory organs are the 'Honorary Board' and the 'Academic Council'.

SUBTITLE II — GENERAL ASSEMBLY

Article 10. Composition

10.1. The General Assembly is composed by all the ordinary members of the Centre. Every new ordinary member has the right to vote (one vote per member). The President of the Centre can invite guests as observers at the General Assembly meeting.

The members of the Honorary Board and Academic Council have the right to be present at the meetings of the General Assembly without the right to vote.

10.2. The General Assembly is chaired by the President or in his absence and in agreement with the Executive Board, the most senior member of the Executive Board.

10.3. An ordinary member can grant a proxy to another ordinary member to attend the General Assembly on its behalf under the following conditions:

- (i) individual ordinary members can only grant such proxy to another individual ordinary member;
- (ii) political foundation/think-tank ordinary members can only grant such proxy to another political foundation/think-tank ordinary member;
- (iii) any ordinary member can only represent [one] other ordinary member at the General Assembly.

In order to be valid, the original executed proxy should be sent to the President not later than 14 days before the meeting of the General Assembly.

Article 11. Competences

The competences of the General Assembly are:

- amendment of the By-laws of the Centre;
- admission (upon recommendation of the Executive Board) and exclusion of members of the Centre;
- appointment and dismissal of the members of the Executive Board;
- appointment and dismissal of the statutory auditor, if any, and determination of its remuneration if the mandate is remunerated;
- grant of discharge to the members of the Executive Board and to the statutory auditor, if any;
- approval of the budget and the annual accounts;
- approval of the annual program;
- dissolution of the Centre;

Article 12. Meetings

12.1. The General Assembly meets at least once a year at an ordinary meeting and is convened by the Executive Board or upon request of at least 1/5 of the ordinary members. In any case, an ordinary General Assembly meeting shall be held at latest on 31 May of each year, in order to deliberate on the approval of the annual accounts of the preceding accounting year and on the discharge of the members of the Executive Board and the statutory auditor, if any, as well as on the budget for the next accounting year.

12.2. Ordinary members are convened in writing (by mail and/or email), at least 28 days in advance. The convocation letter shall include date, time and location of the General Assembly meeting, as well as the agenda thereof. Each agenda item proposal, signed by 1/20 of the ordinary members, shall be added to the agenda. Such a proposal has to be sent to the Executive Board at least 14 days prior to the date of the General Assembly meeting.

Article 13. Decisions

13.1. Each ordinary member is entitled to one vote

13.2. Unless otherwise stated in the By-laws or in the relevant provisions of the Belgian Law, General Assembly decisions are validly taken by a simple majority of the votes cast.

13.3. For amending By-laws 2/3 majority is needed of the votes cast, of 2/3 members of the Centre being present in the vote.

13.4. In the event of a tie vote, the vote of the President shall be decisive.

Article 14. Minutes

14.1. Minutes of the General Assembly shall be signed by the President and by the ordinary members wishing to do so.

14.2. The minutes shall be recorded in a special register to be kept at the registered office of the Centre.

14.3. Copies or extracts of the minutes to be produced in court or elsewhere shall be signed by two members of the Executive Board.

SUBTITLE III – EXECUTIVE BOARD**Article 15. Composition**

15.1. The Executive Board of the Centre is composed by a total maximum of eight members — including President and Secretary-Treasurer — and is elected by the General Assembly.

15.2. The members of the Executive Board are elected by the General Assembly as follows:

- following the recommendation of the EPP Presidency, elect maximum four physical persons, as members of the Executive Board.
- additionally, elect maximum four physical persons proposed by one or more political foundation/think-tank member/members, as members of the Executive Board.

The normal duration of the term of the Executive Board members, President and Secretary Treasurer is 3 years. All physical persons elected as members of the Executive Board will become ordinary members of the Centre.

15.3. The Executive Director and the Policy Director have a standing invitation to attend the meetings of the Executive Board without the right to vote.

15.4. If a member of the Executive Board fails to attend 3 consecutive meetings, the Executive Board may recommend to the General Assembly the replacement of this member with the election of a new member, in accordance and in the spirit of the provisions of Article 15.2.

15.5. A vote on the termination of the term of an Executive Board member will take place in the General Assembly if:

- a) the political foundation/think tank member on whose proposal the Executive Board member was appointed is excluded following the stipulation of the article 7.2;
- b) the political foundation/think tank member on whose proposal the Executive Board member was appointed withdraws its support to the member in question;
- c) the EPP Presidency decides to withdraw its support to one of the members of the Executive Board appointed on its proposal.

15.6. If a member of the Executive Board resigns or is dismissed, a new member may be elected by the General Assembly following the article 15. The new Executive Board member will complete the term of the previous Executive Board member.

Article 16. Competences

The Executive Board manages the Centre and has all the competences which are not attributed to the General Assembly, including:

- ensuring the implementation of the decisions taken by the General Assembly;
- ensuring the general management of the Centre;
- drafting the annual program;
- preparing the annual accounts and the budget;
- monitoring the work of the Executive Director, the Policy Director and staff;
- the legal representation of the Centre;
- the appointment of external auditors, e.g. accountants;

- the proposal of admission and exclusion of the members of the General Assembly;
- the supervision and control of the activities and the assets of the Centre.

Article 17. Meetings

17.1. The Executive Board has to convene at least twice a year. The President shall announce meetings of the Executive Board no later than 28 days prior to such meeting.

17.2. In addition, meetings of the Executive Board shall be convened if at least two members make a written request. This request must be addressed to the President.

17.3. Members of the Executive Board shall be convened by invitation (mail or email), at least 14 days in advance. The invitation shall include the date, time and location of the Board meeting, as well as the agenda thereof.

17.4. Every member of the Executive Board has one vote each. The decisions of the Executive Board are taken by simple majority. In the event of a tie vote, the vote of the President is decisive. The Executive Board cannot validly deliberate unless the majority of the members are present. There shall be no voting by proxy.

Article 18. Minutes

18.1. Minutes of the Executive Board shall be signed by the President and the members of the Executive Board who wish to do so.

18.2. The minutes shall be recorded in a special register to be kept at the registered office of the Centre.

SUBTITLE IV — PRESIDENT, SECRETARY-TREASURER

Article 19. President

The President is elected by the General Assembly following the recommendation of the EPP Presidency. The President chairs the Executive Board.

Article 20. Secretary-Treasurer

The Secretary-Treasurer is elected by the General Assembly following the recommendation of the EPP Presidency. The Secretary-Treasurer oversees the administrative and financial management of the Centre.

SUBTITLE V – EXECUTIVE DIRECTOR, POLICY DIRECTOR

Article 21. Executive Director

The Executive Director is elected by the General Assembly for a three-year term which can be renewed, following the recommendation of the EPP Presidency. The General Assembly can dismiss the Executive Director at any time. The Executive Director is responsible for the daily management and the implementation of the activities of the Centre and accordingly, reports to the Executive Board. The Executive Board can delegate specific responsibilities and competences to the Executive Director.

The Executive Director and the Policy Director have the right to be present at the meetings of the General Assembly without the right to vote except when the Executive Director or the Policy Director are members of the General Assembly.

Article 22. Policy Director

The Policy Director is elected by the General Assembly, upon the proposal of the EPP Presidency, for a renewable three-year term. The General Assembly can dismiss the Policy Director at any time. The Policy Director is responsible for planning and developing the Centre's policy agenda and heading the Centre's research work. The Policy Director reports to the Executive Board. The Executive Board will delegate the necessary powers to the Policy Director in order for the Policy Director to be able to perform his tasks. Within the delegation of powers by the Executive Board, the Policy Director performs his/her tasks under the authority of the Executive Director.

SUBTITLE VI – NON-STATUTORY ORGANS

Article 23. Honorary Board

For the purpose of enhancing the profile of the Centre, the Executive Board can nominate high-profile personalities as members of the Honorary Board.

Article 24. Academic Council

For the purpose of enhancing the academic scope of the Centre and overseeing the scientific standards of the research and studies, the Executive Board can nominate esteemed academics and researchers as members of the Academic Council.

SUBTITLE VII – REPRESENTATION**Article 25. Representation**

The Centre is validly represented — including but not limited to in administrative financial and legal matters — by the President or the Secretary-Treasurer, acting solely or alternatively, two members of the Executive Board acting jointly. With regard to the daily management, the Centre is validly represented — including but not limited to in administrative financial and legal matters — by the Executive Director acting solely.

TITLE IV – FINANCES**Article 26. Finances**

The activities and projects of the Centre shall be financed by subventions as specified in the budget of the European Union, fundraising activities and voluntary contributions. Members are not obliged to submit financial contributions.

Article 27. Accounting year and annual accounts

27.1. The accounting year of the Centre begins on the first of January and ends on the thirty-first of December of each year.

27.2. Should the Centre meet at least two of the three criteria set out in Article 17 §3 of the Law of 27 June 1921 on non-profit associations, foundations and European political parties and foundations then the General Assembly must appoint a statutory auditor and determine its/his/her remuneration, if any.

TITLE V – DISSOLUTION**Article 28. Dissolution**

28.1. Any proposal for the dissolution of the Centre shall be addressed by registered letter to the ordinary members so that they receive it at least two months prior to the meeting of the General Assembly when the proposal for a decision is submitted for a vote.

28.2. The Centre can be dissolved by a decision taken by a four fifths majority of the votes cast in the General Assembly where two thirds of the ordinary members are present or represented. Should this last quorum not be met at the first meeting, then a second meeting will be convened at the latest 30 days after the first meeting which will be allowed to deliberate regardless of the number of ordinary members present or represented.

28.3. The General Assembly or the liquidators will decide on the allocation of the net assets of the Centre.

TITLE VI – INTERNAL REGULATIONS**Article 29. Internal Regulations**

Internal regulations of the Centre shall be adopted and, if applicable amended, by the General Assembly upon proposal of the Executive Board. Internal Regulations regulate issues of internal order not mentioned in these By-laws. Also, the way of functioning of the non-statutory organs will be further detailed.

TITLE VII – FINAL PROVISION**Article 30. Final Provision**

Matters not expressly referred to in these By-laws are subject to the provisions of the Law of 27 June 1921 on non-profit associations, foundations and European political parties and European political foundations.

Annex 1

Logo



V

(Bekanntmachungen)

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Mitteilung an Shane Dominic Crawford, dessen Name mit der Verordnung (EU) 2017/1500 der Kommission in die Liste nach den Artikeln 2, 3 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen, aufgenommen wurde

(2017/C 281/05)

1. Mit dem Beschluss (GASP) 2016/1693 ⁽¹⁾ des Rates wird die Union zum Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen der Mitglieder der ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen sowie anderer mit ihnen in Verbindung stehender Personen, Gruppen, Unternehmen und Organisationen aufgefordert, die in der nach den Resolutionen 1267(1999) und 1333(2000) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erstellten Liste aufgeführt sind, die von dem mit der Resolution 1267(1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eingesetzten Ausschuss der Vereinten Nationen regelmäßig zu aktualisieren ist.

Auf der von dem genannten Ausschuss der Vereinten Nationen erstellten Liste stehen:

- ISIL (Da'esh) und Al-Qaida,
- natürliche und juristische Personen, Organisationen, Einrichtungen und Gruppen, die mit ISIL (Da'esh) und Al-Qaida in Verbindung stehen, und
- juristische Personen, Organisationen und Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen, Organisationen, Einrichtungen und Gruppen stehen oder diese unterstützen.

Zu den Handlungen oder Aktivitäten, die darauf schließen lassen, dass eine Person, eine Vereinigung, ein Unternehmen oder eine Organisation mit ISIL (Da'esh) und Al-Qaida „in Verbindung steht“, zählen:

- a) die Beteiligung an der Finanzierung, Planung, Erleichterung, Vorbereitung oder Begehung von Handlungen oder Aktivitäten durch, zusammen mit, unter dem Namen oder im Namen von oder zur Unterstützung von ISIL (Da'esh) und Al-Qaida oder einer ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger,
- b) die Lieferung, der Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an diese,
- c) die Rekrutierung für diese oder
- d) die sonstige Unterstützung ihrer Handlungen oder Aktivitäten.

2. Der Ausschuss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen billigte am 18. August 2017 die Aufnahme des Eintrags zu Shane Dominic Crawford in die ISIL (Da'esh) und Al-Qaida betreffende Liste des Sanktionsausschusses.

Shane Dominic Crawford kann jederzeit einen mit Belegen versehenen Antrag auf Überprüfung des Beschlusses, ihn in die genannte Liste der Vereinten Nationen aufzunehmen, an die Ombudsperson der Vereinten Nationen richten. Der Antrag ist an folgende Anschrift zu senden:

United Nations — Office of the Ombudsperson
Room TB-08041D
New York, NY 10017
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Tel. +1 2129632671
Fax +1 2129631300/3778
E-Mail: ombudsperson@un.org

⁽¹⁾ ABl. L 255 vom 21.9.2016, S. 25.

Weitere Informationen hierzu finden Sie im Internet unter der Adresse https://www.un.org/sc/suborg/en/sanctions/1267/aq_sanctions_list/procedures-for-delisting

3. Im Anschluss an den unter Nummer 2 genannten Beschluss der Vereinten Nationen hat die Kommission die Verordnung (EU) 2017/1500 ⁽¹⁾, erlassen, mit der Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates vom 27. Mai 2002 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen ⁽²⁾, geändert wird. Mit der nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 7a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 vorgenommenen Änderung wird der Name von Shane Dominic Crawford in die Liste in Anhang I der genannten Verordnung (im Folgenden „Anhang I“) aufgenommen.

Die folgenden Maßnahmen der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 finden auf die in Anhang I aufgenommenen natürlichen Personen und Organisationen Anwendung:

- (1) das Einfrieren aller Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen, die den betroffenen Personen und Organisationen gehören oder in ihrem Eigentum stehen oder von ihnen verwahrt werden, und die Vorschrift, dass keiner der betroffenen Personen und Organisationen direkt oder indirekt Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder ihnen zugutekommen dürfen (Artikel 2 und 2a), und
- (2) das Verbot, auf unmittelbarem oder mittelbarem Wege technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung im Zusammenhang mit militärischen Tätigkeiten an die betroffenen Personen und Organisationen zu liefern, zu verkaufen und weiterzugeben (Artikel 3).

4. In Artikel 7a der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 ist ein Überprüfungsverfahren vorgesehen, nach dem die Betroffenen zu den Gründen für die Aufnahme in die Liste Stellung nehmen können. Die mit der Verordnung (EU) 2017/1500 in Anhang I aufgenommenen Personen und Organisationen können bei der Kommission beantragen, dass ihnen die Gründe für ihre Aufnahme in die Liste mitgeteilt werden. Der Antrag ist an folgende Anschrift zu senden:

Europäische Kommission
„Restriktive Maßnahmen“
Rue de la Loi/Wetstraat 200
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

5. Die betroffenen Personen und Organisationen werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie die Verordnung (EU) 2017/1500 unter den in Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.

6. Die in Anhang I aufgenommenen Personen und Organisationen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 angegebenen zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten beantragen können, dass ihnen eine Genehmigung für die Verwendung der eingefrorenen Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen nach Artikel 2a der Verordnung erteilt wird.

⁽¹⁾ ABl. L 219 vom 25.8.2017, S. 5.

⁽²⁾ ABl. L 139 vom 29.5.2002, S. 9.

